

...Nachgefragt

Keine Systemumkehr

In einer großen Allianz haben die Verbände der Leistungserbringer in der Psychiatrie ein gemeinsames Gegenkonzept zu PEPP entwickelt. Rückendeckung erhalten sie dabei von der SPD. Maria Michalk, neue Unionssprecherin für Gesundheit, sieht keine Alternative zum derzeitigen PEPP-Ansatz und wundert sich über den Kurswechsel des Koalitionspartners.



Frau Michalk, wie beurteilen Sie das Konzept der Verbände, das auf regionalen Budgets basiert?

Ich verstehe sehr gut die Forderung nach regionalen Budgets und die damit zusammenhängende Flexibilität bei der Versorgung. In einzelnen Modellprojekten funktioniert das ja auch schon sehr gut und kann jederzeit und überall im Einvernehmen mit den Kassen vor Ort als Modellprojekt umgesetzt werden. Aus meiner Sicht können regionale Budgets in der vorgeschlagenen Form jedoch das stationäre Finanzierungssystem für psychiatrische Krankenhäuser als Regelfinanzierung nicht ersetzen. Bereits seit Einführung des neuen Psych-Entgeltsystems war es unser Ziel, die Versorgung stärker sektorenübergreifend zu gestalten. Das funktioniert jedoch erst, wenn wir es geschafft haben, vor allem Transparenz zu erreichen. Und damit sind wir mit PEPP auf einem guten Weg. Im Übrigen ist das, was die Fachverbände fordern, das eine. Die psychiatrischen Krankenhäuser sind da ein gutes Stück weiter als ihre Verbände, denn schon 24 Prozent wenden das neue System freiwillig an. Viele Experten und Praktiker aus den Kliniken bringen sich in die Weiterentwicklung des Systems ein.



Maria Michalk,
gesundheitspolitische Sprecherin
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ihr Koalitionspartner SPD stellt sich mittlerweile ebenfalls offen gegen PEPP, auch ihr Parteifreund Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe scheint offen für Alternativen zu sein. Wie geht es nun weiter?

Warum sich die SPD-Fraktion jetzt so positioniert, verstehe ich ehrlich gesagt nicht. Die Basis für PEPP wurde von Ulla Schmidt von der SPD eingeführt. Im Koalitionsvertrag haben wir mit der SPD vereinbart, an dem Ziel zu mehr Transparenz und Leistungsorientierung sowie an einer besseren Verzahnung ambulanter und stationärer Leistungen in der Psychiatrie festzuhalten. Meine Fraktion steht zu dieser Vereinbarung. Zurzeit führt das Ministerium von Bundesminister Hermann Gröhe einen strukturierten Dialog dazu durch. Das begrüßen wir. Die Ergebnisse greifen wir natürlich auf, um das bestehende System weiterzuentwickeln. Eine Systemumkehr kann ich mir nicht vorstellen. Das jetzige Pauschalssystem tagesgleicher Pflegesätze ist keine Alternative.

Welche Rolle sollten Ihrer Meinung nach regionale Versorgungsverträge zwischen Kassen und Leistungserbringern spielen, also etwa Selektivverträge oder Modellvorhaben im Sinne der integrierten Versorgung?

Wir haben gesetzlich diese Möglichkeit geschaffen, und ich begrüße es, wenn die Vertragsparteien vor Ort davon Gebrauch machen. Das hilft dann auch langfristig zur Einführung integrierter Versorgungsmodelle. Der Unterschied zum Regionalbudget ist, dass die Kassen mit im Boot sind.

bal